Nachrichten ergeben habe. Die Stimmung wurde getragen durch Ausdruck eines entschlossenen Siegeswillens; demnach möchte es nicht wünschen, daß Schriften dieser Art amtlich verbreitet, andere Zeitungen und Schriften aber beinahe gehemmt würden. Mit England zu einer Verständigung zu kommen, werde schwer sein, da es unsere wirtschaftliche Kraft fürchte.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes machte auf weitere Fragen Mitteilungen über unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu Spanien, insbesondere über die spanische Fruchtausfuhr und Fruchtverwertung. Es sei der Arbeit der Entente zu verdanken, wenn unser weites Entgegenkommen in dieser Sache für Spanien nutzlos geblieben sei.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter äußerte, es wäre ein Unglück für die Regierung, wenn sie die Verhältnisse in England ungünstiger einschätzen wollte, als sie dort seien. Trotz der Erlebnisse von gestern dürfe er sagen, daß der Reichskanzler unbeirrt auf dem Standpunkt seiner Rede vom 19. Juli stehe, wie er in seiner Erklärung bekannt habe. Das gestrige „Mißverständnis“ hätte allerdings nicht vorkommen sollen, schon um nicht der alldeutschen Presse neue Nahrung für ihre Treibereien zu geben, und wegen der Wirkungen gegenüber dem Auslande. Der Reichskanzler müsse auch den Schein vermeiden, als ob er versuche, nirgends anzustoßen, denn das könne nur Unklarheit schaffen. Gewiß sei die Lage des Reichskanzlers schwer, aber die politische Situation müsse stets klar sein. Daß die Heeresverwaltung die Propaganda der Alldeutschen befürworte, scheine ihm sicher; das sei bedauerlich und nicht schmeichelhaft für die Zivilregierung. Der Reichstag dürfe sich keinesfalls die Agitation der Scharfmacherkreise und Kriegsverlängerer gefallen lassen. Dadurch, daß der Reichstag einwandfrei gesagt habe, daß er einen Verständigungsfrieden wolle, seien den feindlichen Staatsmännern, die ihren Völkern gesagt haben, Deutschland wolle alle vergewaltigen, die Waffen aus der Hand genommen worden; weiter sei dadurch die Lage im Innern verbessert worden, da die breitesten Volkskreise, die Entschließung des Reichstages als eine Tat begrüßt hätten. Die Obrigkeitsregierung müsse durch eine Volksregierung ersetzt, das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgeführt und so der Frieden im Innern und nach außen erleichtert werden.

Der Stellvertreter des Kanzlers, Dr. Helfferich, äußerte sich nochmals über die Verhältnisse in England nach den ihm gewordenen zuverlässigen Aufstellungen.

Ein konservativer Redner wandte sich gegen die Ausführungen des Zentrumsredners. Die Landwirtschaft stünde auch im Hungerkrieg nicht besser da als die städtische Bevölkerung. Ein Arbeiten für den Frieden zum Nutzen Deutschlands sei nicht möglich, wenn man diesen mit Haaren herbeizuführen suche. Die Friedenserklärung des Reichstages könnte doch nur von Wirkung sein, wenn über deren materiellen Inhalt nicht bei den Mehrheitsparteien Meinungsverschiedenheiten beständen. Nach Aeußerung eines Zentrumsführers sei die Entschließung zustande gekommen unter dem Drucke der Sozialdemokratie, die sonst die Kriegskredite abgelehnt hätte. Hier zeige sich die Schreckensherrschaft der Sozialdemokratie. Die Stellung seiner Fraktion sei veranlaßt nicht durch Parteiinteressen, sondern gegeben durch das Interesse des Reiches. Wer sei denn eigentlich dagegen, daß unsere Kriegserfolge beim Friedensschluß voll ausgenutzt würden? Von einer Herrschaft über die ganze Welt könne nicht die Rede sein, was wir wollten, sei Platz an der Sonne, Entwicklungsmöglichkeit, Zerstörung der Despotie Englands. Aus den Klauen Englands sich frei zu machen, sei nur mit den Waffen möglich. Trotz der Kritik an Herrn von Kühlmann vor seiner Ernennung zum Staatssekretär ständen er und seine Freunde ihm völlig vorurteilsfrei gegenüber und warteten erst seine Taten ab. Er machte auf die in der Presse gemeldete Zusammenkunft der Finanzleute aller kriegführenden Staaten in der Schweiz aufmerksam. Welche Stellung nehme hierzu die Regierung ein?

Hierauf vertagte nach 7 Uhr abends der Ausschuß sich auf heute, Freitag, vormittag. Auf der Tagesordnung stehen die Kohlen- und Rohstofffragen. Die politische Debatte soll erst fortgesetzt werden, wenn der Reichskanzler aus dem Großen Hauptquartier zurückgekehrt ist. Der Ausschuß hofft, am Montag sein Arbeitspensum aufgearbeitet zu haben.

Der Konflikt in der Mittwochsitzung des Hauptausschusses.

Wie das „B. T.“ mitzuteilen weiß, hätten sich seit der Mittwochsitzung Dinge ereignet, die das Gesamtbild verändert hätten. Das Blatt schreibt: Nach der ersten Aeußerung des Reichskanzlers trat bekanntlich eine Pause ein, in der die Mehrheitsparteien zur Beratung zusammentraten. Der fortschrittliche Abgeordnete Herr v. Payer wurde zum Kanzler entsandt und stellte ihm ein regelrechtes Ultimatum, in dem er verlangte, daß der Kanzler sich in einer neuen Erklärung unzweideutig auf den Boden der Friedensresolution stellen müsse, falls er auf das Vertrauen der Mehrheitspartei weiterhin rechne. Der Reichskanzler versprach dies. Unterdessen hatten aber die Mehrheitsparteien in einer Konferenz jene zur Vorlesung gelangte Gegenäußerung aufgesetzt. Als dann gleich darauf die Sitzung im Hauptausschuß wieder aufgenommen wurde, gab der Kanzler seine neue Erklärung ab, und im Anschluß daran verlas der sozialdemokratische Abgeordnete Ebert im Namen der Mehrheitsparteien die gemeinsam formulierte Erklärung, die in ihrem ersten Teil durch die Zusicherung, die der Kanzler Herrn v. Payer gegeben hatte, gegenstandslos geworden war. Die Mehrheitsparteien traten daher Donnerstag vormittag vor Beginn der Verhandlungen des Hauptausschusses zu einer neuen Beratung zusammen und hier kam man, nach sehr entschiedenem Eingreifen des Abgeordneten v. Payer, dahin überein, den Punkt 1 der Erklärung ausdrücklich zurückzunehmen. Diese Aufgabe fiel dem ersten Redner der Mehrheitsparteien im gestrigen Hauptausschuß, dem fortschrittlichen Abgeordneten Haußmann zu. Noch ein anderes Moment kommt hinzu. Der Kanzler hat Donnerstag die Parteiführer zu sich geladen und hat ihnen Mitteilung gemacht, daß er die elsaß-lothringische Frage endgültig im Sinne der Mehrheitsparteien zu regeln gedenke, und hatte dabei um ihre Unterstützung gebeten. Das ist nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung dieser Parteien geblieben. Aber es ist kein Zweifel, daß es sich dabei bloß um eine Vertagung der gegenwärtigen innerpolitischen Krisis handelt, und diese Vertagung dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach sogar nur von kurzer Dauer sein.

Aufgebauscht.

* Berlin. Die Vorgänge vom Mittwoch im Hauptausschuß des Reichstages sind hier in sensationeller Weise aufgebauscht worden, sodaß die Vorstellung entstehen konnte, als sei es zum Bruch zwischen dem Reichskanzler und den Mehrheitsparteien des Reichstages gekommen. Demgegenüber ist zu betonen, daß der Wille der Reichsregierung, mit der Volksvertretung weiter zusammen zu arbeiten, nach wie vor besteht.

Deutscher Generalstabsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 24. August 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern flaute die heftige Artillerietätigkeit im Kampfabschnitte zwischen Langemarck und Hollebeke nur vorübergehend ab; stellenweise erreichte sie wieder die Stärke von Trommelfeuer, ohne daß bisher größere Angriffe folgten. Nur bei Westhoek führten die Engländer einen Teilvorstoß, der erfolglos blieb. Heute am frühen Morgen entrissen wir dem Feinde südlich der Straße Ypern-Menin den von ihm hier in den letzten Kämpfen errungenen Gewinn; der verlorene Graben wurde zurückerobert und behauptet.

Bei den ergebnislosen Angriffen am 22. August verloren die Engländer 21 Panzerkraftwagen, die zerschossen vor unserer Front liegen. Ein Teil der am Leben gebliebenen Besatzung wurde gefangen genommen. Kanadische Truppen versuchten erneut in Lens und in unseren anschließenden Stellungen einzudringen. In hartnäckigen Nahkämpfen hielten wir restlos die bisherigen Linien. Auch an der Bahn Arras-Douai scheiterte ein feindlicher Angriff.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Beiderseits der Maas steigerte sich der Artilleriekampf im Walde von Avocourt, auf Höhe 304, bei Beaumont und im Fosseswald zu einigen Tagesstunden wieder zu beträchtlicher Stärke. Gegen Höhe 304, die wir in der Nacht vom 21. zum 22. August planmäßig unter Zurücklassung einer schwachen Besatzung geräumt hatten, führten heute die Franzosen einen starken Angriff; sie wurden von unserem Artilleriefeuer empfangen. Nördlich von Louvemont kamen bereitgestellte feindliche Sturmtruppen in unserem Vernichtungsfeuer nicht aus ihren Gräben heraus.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

An der Küste wurde die Aa an einigen Stellen von unseren Truppen erreicht. Am Dryswiaty-See, bei Brody, am Sereth und Zbrucz lebte die Gefechtstätigkeit zeitweise auf.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Unsere Stellungen bei Soveja und am Susita-Tal waren erneut das Ziel ergebnisloser feindlicher Vorstöße.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Westlich von Corbul am Sereth brachte uns ein erfolgreiches Stoßtruppunternehmen Gefangene und Beute ein.

Mazedonische Front

Bei anhaltender Hitze stellenweise geringes Feuer.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. August 1917.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

X Berlin. Wie von verschiedenen Morgenblättern gemeldet wird, ist in der vorgestrigen Besprechung der Parteiführer mit dem Reichskanzler auch über die Einsetzung des neuen Unterausschusses des Hauptausschusses verhandelt worden. Dieser Ausschuß zur gemeinsamen Vorbereitung vertraulicher Fragen der Auswärtigen Politik mit der Regierung wird sich aus sieben Mitgliedern verschiedener Parteien zusammensetzen. In den Ausschuß, so heißt es, wurden zwei Sozialdemokraten, zwei Zentrumsabgeordnete, ein Nationalliberaler, ein Konservativer und ein Fortschrittler gewählt. Das erste Thema, über das diese Sieben-Kommission verhandeln soll, wird die Prüfung der Papstnote sein.

Der „Lokalanz.“ meldet aus Lugano: „Avanti“ und „Stampa“ bringen von der Zensur vielfach gestrichene Berichte über die ernste Lage in Piemont wegen des Brotmangels. Nach der „Stampa“ ist die Mehlkrisis in Turin auf den Höhepunkt angelangt. Das Volk schreit vergeblich nach Brot.

Das „Berl. Tgbl.“ berichtet: Nach einer Meldung des Madrider Imparcial gab Datos Reise nach Santander zu vielen Kommentaren Anlaß. Nach dem Lyoner Blatt Depeche soll Dato dem Könige ein Decret über die Auflösung der Cortes vorzulegen beabsichtigen. Dato werde am Freitag nach Madrid zurückkehren und sofort den Ministerrat einberufen, um die Cortes aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Versenkt.

X Berlin. (Amtlich.) Im Aermelkanal und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum 5 Dampfer und drei englische Fischerfahrzeuge versenkt, darunter der portugiesische Dampfer „Berlonga“, 3548 To., mit Bohnenladung für London, ein bewaffneter englischer Dampfer mit Holz, ein italienischer Dampfer von 3000 To. sowie ein unbekannter tiefbeladener Dampfer aus Geleitzug. Zwei englische bewaffnete Fischerfahrzeuge wurden nach Artilleriegefecht vernichtet, ein 15 cm Schnelladegeschütz erbeutet.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Luftpostdienst.

X Bern. Londoner Blätter melden aus Toulon: Für Korsica wurde ein Luftpostdienst errichtet.

Feindliche Flieger über Metz.

X Berlin. Bei feindlichen Bombenabwürfen in der Nacht vom 21. zum 22. August wurde in Metz ein elfjähriges Mädchen getötet. In Ensisheim, Freiburg und Schlettstadt entstand kein militärischer Schaden, dagegen wurden eine Frau und fünf Kinder verletzt.

Opfer feindlicher Fliegerangriffe in Belgien.

X Berlin. Die feindlichen Fliegerangriffe haben in letzter Zeit wieder zahlreiche Opfer unter der belgischen Zivilbevölkerung gefordert, deren Stimmung demgemäß erbittert ist. Durch Fliegerbomben wurden in den letzten Tagen in Bissegem 2 Kinder getötet, 2 verletzt, in Kortrijk fand man nach dem letzten Fliegerangriff 8 Zivilpersonen tot unter den Trümmern des zerstörten Hauses in der Rijselstraße. Eine für die Krankensammelstelle in Kortrijk bestimmte Bombe zerstörte ein Krankenauto und verletzte eine Frau. Getötet wurden ferner in Monvraug eine 76jährige Frau, in Momskroen ein 71jähriger Mann, einer verwundet. Ferner wurden in Roubaix 8 Frauen getötet und 8 verwundet. Von 2 der getöteten Frauen stehen die Ehemänner in der französischen Armee.

Elsaß-Lothringen.

X Berlin. Ein Berliner Blatt veröffentlicht eine Mitteilung, nach der über die künftige Staats- und Verwaltungsform Elsaß-Lothringens bestimmte Beschlüsse gefaßt seien, auch der Reichskanzler sich für eine bestimmte Lösung dieser Frage festgelegt habe. Diese Nachricht ist unzutreffend. Der Reichskanzler hat in seinen Gesprächen mit den Parteiführern diese Frage zwar erörtert, aber sich nicht in bestimmter Richtung festgelegt, sondern auf bevorstehende Verhandlungen zwischen den Bundesregierungen verwiesen.

Der Zeitpunkt der Stockholmer Konferenz.

X Stockholm. (Schwed. Telegr. Büro.) Auf Anfrage der an die Internationale angeschlossenen Parteien über den Zeitpunkt der Stockholmer Konferenz erklärte der Organisationsausschuß, es sei nicht möglich, vor dem Zusammentritt der sozialistischen Konferenz der Alliierten in London am 28. und 29. ds. Mts. hierüber einen festen Entschluß zu fassen.

X Bern. Daily Mail berichtet aus Petersburg vom 15. August: Die erklärte zweifelhafte Stellungnahme der englischen Regierung zur Stockholmer Konferenz, der unmittelbare starke Gegnerschaft folgte, habe in Rußland neues Mißtrauen gegen die englische Regierung sowie lebhaftes Interesse für die Konferenz erweckt. Der Bericht besagt, Kerenski sei niemals gegen die Konferenz gewesen.

* Lugano. Die Nachricht aus London, wonach der Arbeiter-Kongreß wiederholt, wenn auch nur mit 3000 Stimmen Majorität für die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz gestimmt hat, hat hier großen Eindruck hervorgerufen.

Zur Rede des schwedischen Außenministers.

X Stockholm. Die Rede des Ministers des Auswärtigen Lindman wurde vorgestern von einer vieltausendköpfigen Zuhörerschaft mit großer Zustimmung aufgenommen. Besonders starken Beifall fand die Versicherung, daß Schweden sich durch einen etwaigen handelspolitischen Druck Amerikas von seiner strengen Neutralitätspolitik nicht abbringen lassen werde. Die gestrige Morgenpresse beschäftigt sich eingehend mit den Ausführungen Lindmans und betont durchweg deren große Bedeutung. — „Stockholms Dagbladet“ erklärt die Auslassungen über Schwedens außenpolitische Verhältnisse für das Erschöpfendste und Aufschlußreichste, was bisher von Seiten der Regierung während des Krieges gesagt worden sei. Mehrere Blätter heben besonders die Wichtigkeit der Handelsbeziehungen zu Deutschland hervor, die der Minister durch seine genauen Angaben klar bewiesen habe. Die liberale Zeitung „Stockholms Tidningen“ findet, der rote Faden, der sich durch die ganze Rede zog, sei die Behauptung der unparteiischen Neutralität Schwedens auch in handelspolitischer Beziehung. Branting vergleicht Lindmans Darlegungen zwar mit einer stark retouchierten Photographie der Wirklichkeit, betont aber die Wichtigkeit der Tatsache, daß ein Minister des Auswärtigen der Allgemeinheit so genauen Aufschluß über die Lage des Landes gebe, und erblickt darin ein Zeichen fortschreitender Demokratisierung.

Englische Stimmen zur Reichskanzlerrede.

X London. (Reuter.) Daily News schreibt über die Rede des Deutschen Reichskanzlers: Die Forderung nach einer dauernden Besetzung der belgischen Küste läßt sich nicht mit dem Appell an das deutsche Volk vereinigen, sich zur Verteidigung der bedrohten Grenzen zusammenzuscharen. In dieser Beziehung gewährt die Rede einen interessanten Einblick in die Anschauungen über die gegenwärtige militärische Lage, die in den hohen Kreisen Deutschlands herrschen. Die leitenden Staatsmänner Englands und der anderen verbündeten Länder haben wiederholt erklärt, daß weder die Absicht noch der Wunsch besteht, Deutschland zu Boden zu schmettern. Abgesehen von dem Vorschlag der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich hat niemand verlangt, daß Deutschlands Gebiet in Europa auch nur um einen Zoll breit verkleinert wird. Was Deutschlands Kolonien betrifft, so ist ihre Zukunft eine offene Frage. Das einzige worin alle übereinstimmen, ist die Forderung, daß ihre Verwaltung, wem immer sie anvertraut werden möge, vor allem auf die Wohlfahrt der Völker, die sie bewohnen, gerichtet sein muß. Diese Frage liegt nicht im Vordergrunde der Erörterungen über den Frieden. — „Daily Expreß“ schreibt: Die Feinde Deutschlands wünschen, es nicht zu vernichten. Die gepanzerte Faust des Verlangens nach militärischer Oberherrschaft und die gefühllose Gier nach Weltherrschaft müssen beseitigt werden.

X Bern. Wie der römische Vertreter der „Stampa“ berichtet, ist die Rede des deutschen Reichskanzlers im Vatikan mit Genugtuung aufgenommen worden. Wie der Korrespondent hinzufügt, hat man in vatikanischen Kreisen die größte Hoffnung, daß auch der eine oder andere Ententestaat die Note des Papstes in Erwägung ziehen werde. Hinsichtlich der Antwortnote der beiden kriegführenden Mächtegruppen glaubt die Kurie, daß sie erst nach Beendigung der derzeitigen wichtigen militärischen Operationen erfolgen werde.

Das rumänische Parlament in Odessa.

X Bern. Progreß de Lyon meldet aus Odessa: Die Mitglieder des rumänischen Senats und der Kammer trafen hier ein. Man glaubt, daß das Parlament sich in der Umgebung Chersons niederlassen wird.

Verschiebung der Wahlen in Rußland.

X Petersburg. (Meldung der Petersb. Telegr. Agentur.) Die Regierung hat sich genötigt gesehen, die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung auf den 25. November und ihre Einberufung auf 11. Dezember zu vertagen.

England und die Papstnote.

X Rom. „Osservatore Romano“ meldet: Nachdem die englische Regierung die Note des Papstes erhalten hatte, hat sie sich beeilt, dem Hl. Stuhl zur Kenntnis zu bringen, die britische Regierung werde die päpstlichen Vorschläge mit der größten und ernsthaftesten Aufmerksamkeit prüfen.

Zur Frage eines Völkerbundes.

X Rotterdam. Nach dem Nieuwe Rotterdamsche Courant schreibt „Morningpost“, es heißt, daß Asquith im Oktober eine Agitationsreise für einen Völkerbund nach dem Völkerkriege unternehmen werde. Das Blatt ist gegen einen solchen Bund, falls auch Deutschland darin aufgenommen werde. England würde damit seine Bündnisse verleugnen, seine Seeherrschaft fallen lassen und seine Unabhängigkeit preisgeben.

Gegen die französischen Annexionisten.

X Paris. Petit Parisien meldet: Der Generalrat des Departements Haute Vienne nimmt in einer Entschließung Stellung gegen die Forderungen des Komitees für das linke Rheinufer und erklärt, jeder Plan der Angliederung deutscher Gebiete könne nur die Stunde des Friedensschlusses hinausschieben.

Petit Parisien meldet: Die amerikanische Fliegerstaffel büßte in letzter Zeit 8 Flieger ein, wovon zwei von den Deutschen gefangen wurden.

Feindliche Heeresberichte.

Italienischer Heeresbericht vom 23. August. Während des gestrigen Tages, des 4. Tages der Schlacht an der julischen Front, machten wir merkliche Fortschritte auf dem nördlichen Flügel unserer Linien und trugen neue Erfolge auf dem Südflügel davon. Der Feind setzte unseren Truppen kräftige Gegenwirkung entgegen und vervielfachte seine Gegenangriffe. Unsere Truppen schlugen seine Gegenangriffe zurück und fuhren fort, in kühnem Schwung ihre Ziele zu erreichen. Die Gefangenenzahl erhöhte sich bis gestern auf rund 830 Offiziere und mehr als 16000 Mann.

Französischer Heeresbericht vom 23. August nachmittags. Die Zahl der Gefangenen seit dem 20. August erreicht gegenwärtig 7640, darunter 186 Offiziere und 600 Verwundete. Die bis jetzt gezählte Beute an Material umfaßt 24 Geschütze aller Kaliber und mehr als 200 Maschinengewehre. Außerdem wurden 9 Geschütze zerstört.

Zum Brand in Saloniki.

X Bern. Petit Parisien meldet über die Feuersbrunst in Saloniki, daß der Brand in einem Geschäft des Barbarviertels ausgebrochen sei und infolge der vollkommenen Gleichgültigkeit der Bevölkerung und der Behörden sich volle 8 Stunden ungehindert entwickeln konnte. Das Elend der Obdachlosen sei groß.

Tabakkarten für Wien geplant.

* Wien. Wie es heißt, wird nunmehr endlich geplant, Tabakkarten für die gesamte Bevölkerung auszugeben. [illegible] Menge wird [illegible], daß der Verbrauch auf 10 Zigarren oder 25 Zigaretten wöchentlich